Gemeinde
Karlsfeld

N I E D E R S C H R I F T

Gremium:	**Gemeinde Karlsfeld** **Gemeinderat Nr. 4**
Sitzung am:	**Donnerstag, 16. Mai 2024**
Sitzungsraum:	**Rathaus, Großer Sitzungssaal**
Sitzungsbeginn:	**19:00 Uhr**
Sitzungsende:	**20:29 Uhr**
Anwesend/ **Abwesend:**	**siehe Anwesenheitsliste**
Status:	**Öffentliche Sitzung** **Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.**

Tagesordnung

1. Bekanntgaben und Anfragen

2. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.03.2024

3. Vollzug des §21 Abs. 3 der Geschäftsordnung; Bekanntgabe der in den vorausgegangenen nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse

4. Beschluss über die 1. Änderung der Satzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Gemeinde Karlsfeld

5. Beschluss über die 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Gemeinde Karlsfeld

6. Beschluss über die 4. Änderung der Satzung über die Benutzung des Erholungsgebietes Waldschwaigsee

7. Behindertenbeauftragte in der Gemeinde Karlsfeld;
   - Beschluss über die 1. Änderung der Regelung für das kommunale Ehrenamt der Behindertenbeauftragten der Gemeinde Karlsfeld

8. Jahresrechnung 2020: Beschluss über die Feststellung und Entlastung für das Rechnungsjahr 2020

9. Bekanntgaben und Anfragen

Anwesende:

Name	Vertreter für

Herr Stefan Kolbe
Herr Christian Bieberle
Herr Marco Brandstetter
Frau Ingrid Brünich
Herr Anton Flügel
Herr Michael Fritsch
Frau Beate Full
(abwesend ab 19:42 Uhr)
Herr Michael Gold
Frau Elisa Grillo
Frau Cornelia Haberstumpf-Göres
Herr Stefan Handl
Herr Adrian Heim
Herr Hans Hirth
Frau Mechthild Hofner
Frau Alexandra Kolbinger
Herr Rüdiger Meyer
Frau Heike Miebach
Herr Peter Neumann
Herr Thomas Nuber
Herr Paul-Philipp Offenbeck
Frau Janine Rößler-Huras
Herr Christian Sedlmair
Herr Stefan Theil
Herr Franz Trinkl
Herr Bernd Wanka
Frau Ursula Weber

Entschuldigte:

Name

Herr Robin Drummer
Herr Dr. Andreas Froschmayer
Herr Thomas Kirmse
Frau Birgit Piroué
Herr Andreas Wagner

Unentschuldigte:

Name

-

Verwaltung:

Herr Francesco Cataldo
Herr Alfred Giesinger
Herr Florian Schindler
Frau Antje Mayr

Schriftführerin:

Frau Daniela Demus

Fachreferenten:

Herr Okrslar / MARO Genossenschaft
Herr Reitberger / Rechtsanwalt

Der Erste Bürgermeister eröffnet die Sitzung, stellt sowohl die form- und fristgerechte Ladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Erste Bürgermeister das Gremium, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, zuerst den Punkt „Bekanntgaben und Anfragen“ zu behandeln, da Frau Mayr, Herr Okrslar und Herr Reitberger jeweils einen Sachvortrag halten werden.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 17/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Bekanntgaben und Anfragen

A) Kinderbetreuung

Frau Mayer gibt einen Sachstandsbericht bezüglich der Bedarfsanmeldungen im Bereich Kinderkrippe, Kindergarten und Nachmittagsbetreuung ab.

B) Insolvenzverfahren MARO Genossenschaft

Herr Okrslar erläutert die Situation der Insolvenz der MARO Genossenschaft.
Im Landkreis Ebersberg gibt es ein Projekt, welches bereits seit 2016 ein Problemprojekt ist. Es kam zu Kostensteigerungen. Normalerweise wäre das Projekt dieses Jahr im Juli/August bezugsfertig gewesen. Allerdings hat die Bank eine Nachfinanzierung der Mehrkosten abgelehnt. Somit war klar, dass die MARO Genossenschaft die Kosten des Projektes nicht alle bezahlen kann. Daher musste Mitte März die Insolvenz in Eigenverwaltung angemeldet werden. Normalerweise kann innerhalb von drei Monaten ein Sanierungsplan vorgelegt werden. Nach vier Wochen hat die erste Bank ihr Darlehen gekündigt. Daraufhin haben weitere Banken ihre Darlehen gekündigt.
Die MARO Genossenschaft hat einen Plan B erarbeitet, mit dem Ziel eine Abwicklung zu schaffen bei der die Mitglieder möglichst wenig bis kein Geld verlieren, z. B. durch einen möglichst werthaltigen Verkauf der Immobilien, je nach Vereinbarung mit den Banken und den Käufern. Zudem müssen Erwerber gefunden werden, welche die Wohnraumförderung fortführen. Aktuell werden Gespräche mit Banken, der Bayern LB und der Bayern Labo geführt. Dreiviertel des aktuellen Darlehnsvolumens werden von bereitwilligen Banken gehalten. Es gibt Überlegungen ob diese Banken nicht auch die Darlehen der aussteigenden Banken übernehmen.
Nach Ablauf der drei Monate der Insolvenzeröffnung wird nicht automatisch die Abwicklung stattfinden.
Eine Konkretisierung der Signale könnte es in ca. vier bis sechs Wochen geben.

C) Planfeststellungsbeschluss Sanierung Allacher Tunnel

Herr Rechtsanwalt Reitberger berichtet, dass der Planfeststellungsbeschluss zur Sanierung des Allacher Tunnels von der Regierung von Oberbayern eingegangen ist.
Von Seiten der Gemeinde wurden Einwendungen erhoben, welche sich im Wesentlichen auf die bauzeitbedingte Verkehrsführung beziehen. Ein wesentlicher Gesichtspunkt der Einwendung war, dass die Verkehrsuntersuchungen, welche durchgeführt wurden, um den tatsächlichen baubedingten Mehrverkehr darzustellen und berechnen zu können, auf der Annahme getroffen wurden, dass im Bereich von Oberschleißheim die Anschlussstelle als Kleeblatt ausgebaut wird, um die Umleitungsstrecke über die Bundesstraße einfacher befahrbar zu machen. Die Verkehrsplaner hatten das Gutachten so aufgesetzt, dass die Berechnungen auf durchgeführten Ausbau in Oberschließheime bezogen sind.
Daher wurde gefordert, dass im Planfeststellungsbeschluss eine Auflage kommen möge, dass die Sanierung des Tunnels erst durchgeführt werden darf, wenn der Ausbau des Kleeblattes an der Anschlussstelle in Oberschleißheim auch tatsächlich erfolgt ist.

Die Auflage wurde nicht im Beschluss festgesetzt. Dafür wurde eine ausführliche Begründung der Regierung von Oberbayern gefunden, weshalb die Auflage nicht aufgenommen wurde, welche letztlich darin besteht, dass der Tunnel so sanierungsbedürftig sei, dass wenn noch ein weiteres Verfahren abgewartet wird, um mit dem Bau anfangen zu können, dies so weit nach hinten gezogen wird, dass im schlimmsten Fall die Sperrung des Tunnels notwendig wird. Das Vorziehen der Maßnahmen vor dem Kleeblattausbau wäre somit die bessere Variante. Wenn es dann tatschlich zu erheblichem Verkehr käme, könne man diese durch verkehrslenkende Maßnahmen in den Griff bekommen.
Die weiteren Punkte, welche vorgetragen wurden, nämliche die erhöhten Lärm- und Luftschadstoffbelastungen wurden als nicht maßgeblich bzw. als nicht so hoch beziffert, dass es abwägungserhebliche Auswirkungen ergeben würden. Die Tatsache, dass im Bestand Immissionsrichtwerte überschritten werden, trifft im Wesentlichen die ansässigen Bürger, welche die Lärm- und Luftschadstoffe betreffen, aber nicht die Gebietskörperschaft der Gemeinde, welche sich nur auf ihre Planungshoheit berufen kann.
Hier kommt das Argument hinzu, dass die Planungshoheit nicht nachhaltig beeinträchtigt ist, da es sich nur um eine temporäre Maßnahme handelt.
Die Untersuchungen über die Höhe der Immissionsbelastungen fanden auf der Prämisse statt, dass der Umleitungsverkehr mit dem Kleeblattausbau kommt und demensprechend über die Bundesstraße und nicht über die Münchner Straße vorbeigeleitet wird.
Aus dem Planfeststellungsbeschluss hat sich sonst nichts weiter ergeben.

Gegen den Planfeststellungsbeschluss gibt es die Möglichkeit eine Klage einzureichen. Diese muss innerhalb eines Monates eingereicht und begründet werden.
Herr Reitberger empfiehlt keine Klage einzureichen, da wenig Erfolgsaussichten bestehen.

Herr Wanka ergänzt, dass mit alten Zahlen gerechnet wurde. Er informiert über den Termin vom 02.05.2024 in München mit weit über 30 Beteiligten, an dem er mit Herrn Rustler im Auftrag der Gemeinde Karlsfeld teilgenommen hat. Hier wurde die Forderung nach einem Verkehrsplanungskonzept vollumfänglich Rechnung getragen. Es gibt eine interdisziplinäre Projektgruppe an der alle beteiligt sind, welche bei diesem Thema involviert sind. Es wird bis zum Jahresende so sein, dass namhafte Verkehrsbüros mitwirken, welche in Arbeitsgruppen ein Verkehrsumfahrungskonzept erarbeiten. Die abschließende Veranstaltung wird im September stattfinden. Im Anschluss können die beiden Verkehrsbüros die Verkehrsplanung in Angriff nehmen und vorlegen. Es muss zudem eine Alternativplanung vorgelegt werden, wenn der Kleeblattausbau nicht vollzogen wird. Im September wird es einen neuen Bericht hierzu geben. Herr Wanka empfiehlt ebenfalls keine Klage einzureichen.

Herr Reitberger teilt mit, dass eine Klage zwischen 16.000 und 32.000 Euro kosten würde.

Der Erste Bürgermeister und das Gremium sind sich einig, keine Klage zu erheben.

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 10/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.03.2024

Beschluss:

Die Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.03.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

Frau Full ist ab diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr anwesend.

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 11/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Vollzug des §21 Abs. 3 der Geschäftsordnung; Bekanntgabe der in den vorausgegangenen nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse

Bau- und Werkausschusssitzung am 07.02.2024:

Straßenunterhalt Rahmenvereinbarung 2024; Auftragsvergabe

Der Bau- und Werkausschuss beschließt die Rahmenvereinbarung zur Erbringung von Bauleistungen im Straßenunterhalt an die Firma Franz Schelle GmbH & Co.KG, Niederscheyerer Straße 35, 85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm zu vergeben.

Erschließung B-Plan 110 Gymnasium und KiTa;
Auftragsvergabe Buswendeschleife und Erschließungsstraße

Der Bau- und Werkausschuss beschließt den Auftrag an die Firma Franz Schelle GmbH & Co.KG, Niederscheyerer Straße 35, 85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm zu vergeben.

Erschließung Bebauungsplan Nr. 103 "Rothschwaige - westlich der Münchner Straße und südlich des Weiherwegs"; Nachtragsgenehmigung

Das Nachtragsangebot Nr.02 (Entsorgung des gelagerten Oberbodens) der Baufirma/Auftragsnehmer Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co. KG, Otto-Hahn-Straße 8, 85221 Dachau wird genehmigt.

Auftragsvergabe Gemeindewerke Wasserleitungsbau Georg-Queri-Straße

Der Bau- und Werkausschuss beschließt das günstigste Angebot der Fa. Franz Wurm GmbH, Hebertshausen für Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitung und der Hausanschlüsse zu beauftragen.

Sanierung Dreifachhalle Mittelschule Karlsfeld; Vergabe des Auftrags zur Freianlagenplanung

Der Auftrag zur Freianlagenplanung wird auf Grundlage der HOAI an die Luska Freiraum Gmbh, Sudetenlandstraße 75/77 in 85221 Dachau vergeben.

Bau- und Werkausschusssitzung am 21.02.2024

Grünanlagenpflege 2024 - Öffentlicher Bereich; Auftragsvergabe

Der Bau- und Werkausschuss beschließt die Grünanlagenpflege im öffentlichen Bereich, vorbehaltlich der finalen Prüfung, wie folgt zu vergeben.

Los 1 (Straßenbegleitgrün):	Maschinenring Dachau/München Nord Newtonstr. 1, 85221 Dachau
Los 2 (Bayernwerkstraße):	Noder Garten- und Landschaftsbau Ubostr. 14, 81245 München
Los 3 (Lichtraumprofilschnitt):	Wurzer Umweltdienst GmbH Am Kompostwerk 1, 85462 Eitting

Grünanlagenpflege 2024 - Liegenschaften; Auftragsvergabe

Der Bau- und Werkausschuss beschließt die Grünanlagenpflege für die Liegenschaften, vorbehaltlich der finalen Prüfung, an die Fa. Wunder Service GmbH, Franz-Nißl-Str. 68, 80999 München zu vergeben

Gemeindewerke Karlsfeld Auftragsvergabe HLS Kläranlage

Der Bau- und Werkausschuss beschließt die HLS-Leistungen für die Baumaßnahmen in der Kläranlage an Fa. Prüfling HKS-Energietechnik zu vergeben.

Wärmeversorgung Karlsfeld - Anschluss Frühlingsplatz 1

Der Bau- und Werkausschuss stimmt dem Anschluss des Gebäudes an das Fernwärmenetz zu. Der Bau- und Werkausschuss erteilt der Fa. Omexom den Auftrag zum Anschluss des Objekts an das Fernwärmenetz.

Wärmeversorgung Karlsfeld Anschluss Krenmoosstr. 7

Der Bau- und Werkausschuss stimmt dem Anschluss des Gebäudes an das Fernwärmenetz zu. Der Bau- und Werkausschuss erteilt der Fa. Omexom den Auftrag zum Anschluss des Objekts an das Fernwärmenetz.

Wärmeversorgung Karlsfeld - Anschluss Leinorstr. 1

Der Bau- und Werkausschuss stimmt dem Anschluss des Gebäudes an das Fernwärmenetz zu. Der Bau- und Werkausschuss erteilt der Fa. Omexom den Auftrag zum Anschluss des Objekts an das Fernwärmenetz.

Wärmeversorgung Karlsfeld Anschluss Röntgenstr. 18

Der Bau- und Werkausschuss stimmt dem Anschluss des Gebäudes an das Fernwärmenetz zu. Der Bau- und Werkausschuss erteilt der Fa. Omexom den Auftrag zum Anschluss des Objekts an das Fernwärmenetz.

Bau- und Werkausschusssitzung am 20.03.2024

Erneuerung Georg-Queri-Staße Auftragsvergabe

Der Bau- und Werkausschuss beschließt den Auftrag an die Firma STRABAG AG Direktion Bayern Süd, Biberger Straße 93, 82009 Unterhaching vergeben.

Auftragsvergabe Tragwerksplanung Neubau Faulbehälter 2

Der Bau- und Werkausschuss beschließt die Tragwerksplanung für die Baumaßnahmen in der Kläranlage für den neuen Faulturm 2 an das Ingenieurbüro Werner, 83708 Kreuth zu vergeben.

Bau- und Werkausschusssitzung am 24.04.2024

Straßenunterhalt 2024 - Maßnahmenpaket 1 "Schulstraße und Jägerstraße" Auftragsvergabe

Der Bau- und Werkausschuss beschließt das Maßnahmenpaket 1 "Schulstraße und Jägerstraße" an die Firma Schweiger Straßenbau GmbH, Schmelchen 2, 85250 Altomünster zu vergeben.

Sanierung Dreifachsporthalle Mittelschule Karlsfeld;
Auftragsvergabe Freianlagen

Der Auftrag über die Freianlagen wird an die Firma Josef Saule GmbH; Mühlhauserstr. 55 in 86169 Augsburg vergeben.

Beschaffung Schraubenkompressor Kläranlage

Der Bau- und Werkausschuss beschließt den Kauf eines Schraubengebläses bei der Fa. Kiffer GmbH.

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 12/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Beschluss über die 1. Änderung der Satzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Gemeinde Karlsfeld

Sachverhalt:

Aufgrund der Verlegung des Wochenmarktes vom Marktplatz auf den Bruno-Danzer-Platz, musste die Satzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Gemeinde Karlsfeld, sowie deren Lageplan, geändert werden. In dem Zuge wurde die gesamte Satzung vom 21.03.1985 geprüft und zeitgemäß aktualisiert.
Alle Änderungen wurden in der Anlage farblich verdeutlicht.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.04.2024, die Satzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Gemeinde Karlsfeld, sowie den dazugehörigen Lageplan vom 21.03.1985, wie beschrieben zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 13/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Beschluss über die 2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Gemeinde Karlsfeld

Sachverhalt:

Im Zuge der Änderung der Satzung zur Regelung des Wochenmarktes in der Gemeinde Karlsfeld, wurde auch die Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Gemeinde Karlsfeld vom 01.01.2002 geprüft und zeitgemäß aktualisiert.
Alle Änderungen wurden in der Anlage farblich verdeutlicht.
Die Marktgebühren wurden seit 1985 nie erhöht. Aufgrund der gestiegenen Energie- und Verwaltungskosten müssen die Gebühren nun aber angepasst werden.
Um die Energiekosten und den Verwaltungsaufwand zu decken, empfiehlt sich eine Erhöhung der Marktgebühren um 50 %, sowie die Einführung einer Energiekostenpauschale (§ 2 Abs. 3).

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.04.2024, die Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Gemeinde Karlsfeld vom 01.01.2002, wie beschrieben zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 14/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Beschluss über die 4. Änderung der Satzung über die Benutzung des Erholungsgebietes Waldschwaigsee

Sachverhalt:

Grund der Änderung der Satzung über die Benutzung des Erholungsgebietes Waldschwaigsee, sowie deren Lageplan, ist die regelmäßige Überprüfung der gemeindlichen Satzungen auf den aktuellen Stand. Im Zuge der Überprüfung empfiehlt die Verwaltung die Satzung wie in der Anlage ersichtlich zu aktualisiert.

Alle Änderungen wurden in der Anlage farblich verdeutlicht.

Frau Miebach bittet unter § 3 Abs. 2 Punkt 12 Buchstabe c) die Passage „einschließlich Pferde“ zu streichen.

Die Anpassung wird vorgenommen.

Der § 3 Abs. 2 Punkt 12 Buchstabe c) lautet dann „Tiere aller Art mitzubringen“ .

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, entsprechend der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.04.2024, die Satzung über die Benutzung des Erholungsgebietes Waldschwaigsee, sowie den dazugehörigen Lageplan vom 04.06.2008, wie beschrieben zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

EAPL-Nr.: 0241.41

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 15/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Behindertenbeauftragte in der Gemeinde Karlsfeld;
- Beschluss über die 1. Änderung der Regelung für das kommunale Ehrenamt der Behindertenbeauftragten der Gemeinde Karlsfeld

Sachverhalt:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14.05.2024 den Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat gefasst, die 1. Änderung der Regelung für das kommunale Ehrenamt der Behindertenbeauftragten der Gemeinde Karlsfeld zu erlassen.

Die 1. Änderung der Regelung für das kommunale Ehrenamt der Behindertenbeauftragten der Gemeinde Karlsfeld ist dieser Beschussvorlage beigefügt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 1. Änderung der Regelung für das kommunale Ehrenamt der Behindertenbeauftragten der Gemeinde Karlsfeld.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

EAPL-Nr.: 0241.41; 418

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 16/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Jahresrechnung 2020: Beschluss über die Feststellung und Entlastung für das Rechnungsjahr 2020

Sachverhalt:

Die Vorlage der Jahresrechnung 2020 an den Gemeinderat gem. Art. 102 Abs. 2 Gemeindeordnung (GO) erfolgte in der Gemeinderatssitzung am 23.09.2021.

Anschließend erfolgte die örtliche Rechnungsprüfung für das Jahr 2020 in fünf Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses. Die Prüfung wurde am 18.12.2023 abgeschlossen.

Unstimmigkeiten im Sinne des Art. 102 Abs. 3 GO wurden nicht festgestellt.

Nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2020 ist diese gem. Art. 102 Abs. 3 GO in öffentlicher Sitzung festzustellen und über die Entlastung zu beschließen.

Beschluss:

Nach Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung stellt der Gemeinderat die Jahresrechnung 2020 mit folgenden Summen fest:

Summe 2020 Verwaltungshaushalt	Summe 2020 Vermögenshaushalt	Summe 2020 Gesamthaushalt
45.187.166,86 €	18.930.029,45 €	64.117.196,31 €
Ansatz 2020: 47.200.000 €	**Ansatz 2020:** 19.500.000 €	**Ansatz 2020:** 66.700.000 €

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Entlastung für das Rechnungsjahr 2020 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0

EAPL-Nr.: 9520.3

Gemeinderat
16. Mai 2024
Nr. 17/2024
Status: Öffentlich

Niederschriftauszug

Bekanntgaben und Anfragen

A) Antrag

Herr Wanka gibt einen Antrag der CSU-Fraktion zur Stärkung der Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger im Bereich des Gesundheitszentrums und An der Wögerwiese (Neue Mitte) ab.

B) Situation am Marktplatz

Frau Haberstumpf-Göres spricht das ständige Ein- und Ausfahren am Marktplatz an.
Der Erste Bürgermeister informiert, dass die Betreiber erneut angeschrieben wurden. Die Parküberwachung ist dort verstärkt im Einsatz. Es werden aktuell Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

C) Sicherheitsdienst Karlsfelder See

Herr Nuber spricht die Presseberichte an, welche aussagen, dass aufgrund der Haushaltslage im Landkreis der Sicherheitsdienst am Karlsfelder See reduziert werden soll und fragt ob die Sicherheitswacht dort eingesetzt werden kann.

Herr Handl antwortet, dass die Sicherheitswacht für das gesamte Gemeindegebiet vorgesehen ist und somit auch für den Karlsfelder See eingesetzt werden könnte.
Dies ist in Absprache mit der Gemeinde Karlsfeld die Entscheidung der Polizei, wo die Sicherheitswacht eingesetzt wird.

Der Erste Bürgermeister wird bei der nächsten Gelegenheit mit dem Polizeichef sprechen.

D) Sachstandsbericht neues Gewerbegebiet

Frau Miebach erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Thema des neuen Gewerbegebietes.

Der Erste Bürgermeister antwortet, dass aktuell Gespräche mit der Stadt Dachau bezüglich des Verkehrsthemas geführt werden. Dann soll in das Verfahren eingestiegen werden.
Es gibt einen erneuten Bericht, sobald Frau Hotzan wieder da ist.

Gemeinderatssitzung
am 16.05.2024

Demus
Schriftführerin

Kolbe
Erster Bürgermeister